

Armut in Krisenzeiten – Rückblick und Ausblick

Sophie Crocoll und Susan Steiner

Beim G-20-Gipfel in London wollten die führenden Industrie- und Schwellenländer (unter Beteiligung von Argentinien, Brasilien und Mexiko) Anfang April 2009 Wege aus der globalen Finanzkrise finden. Den Schwellenländern, auch in Lateinamerika, wird unter anderem die beschlossene Stärkung des Internationalen Währungsfonds (IWF) zugute kommen, die den Rückgang privater Kapitalströme wenigstens zum Teil kompensieren kann. Den armen Entwicklungsländern der Region hat der Gipfel jedoch wenig gebracht, ihnen bleiben lediglich die schon vor der Krise gegebenen Zusagen.

Analyse:

Konkrete Aussagen über die Entwicklung der Armut zu treffen, ist zu diesem Zeitpunkt unmöglich, dennoch steht fest, das fallende Wirtschaftswachstum wird in Lateinamerika weitreichende Konsequenzen für die Lebensbedingungen der Bevölkerung mit sich bringen. Zwar sind die Folgen vergangener Krisen nicht direkt auf die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise übertragbar, aber ein Blick darauf verdeutlicht mögliche Folgen für die Armut in der Region.

- Während der Peso-Krise 1994/95 in Mexiko erlebten geringqualifizierte Agrararbeiter weniger Einkommensverluste als Hochqualifizierte. Jedoch hatte unter ersteren die Armut bereits zu Beginn der 1990er Jahre zugenommen.
- In Argentinien verdoppelte sich die extreme Armut zwischen 1994 und 1999 beinahe. Nach dem Staatsbankrott 2001 litt dann besonders die Mittelschicht an der schlechten wirtschaftlichen Lage.
- 2001 verschlimmerte die Kaffeekrise in Honduras die Lebensbedingungen vieler Kaffeebauern und Landarbeiter, die ohnehin bereits zu den Armen oder extrem Armen des Landes zählten.
- Von 2002 bis 2007 hatte sich die Armut in der Region dank der verhältnismäßig stark wachsenden Wirtschaft und gesteigerter Sozialausgaben deutlich reduziert. Gegenwärtig ist ein starker Rückschritt zu erwarten.
- Viele Länder Lateinamerikas haben aufgrund der aktuellen Finanzkrise Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur beschlossen, von denen die Bevölkerung bisher wenig profitiert. Eine starke Zunahme der Armut in der Region bleibt wahrscheinlich.

Schlagwörter: Lateinamerika, Finanzkrise, Armut

1. Einleitung

Seit einigen Monaten vergeht kaum ein Tag, an dem die andauernde globale Finanzkrise und deren Konsequenzen nicht den Tagesablauf der deutschen Politiker sowie die Berichterstattung der deutschen Medien bestimmt. Weit weniger präsent, aber deswegen nicht weniger brennend ist die Frage, wie sich die Krise, die ihren Ursprung ja in den Industrieländern hat, auf die wirtschaftliche Entwicklung in den Entwicklungs- und Schwellenländern auswirkt. Verschiedene Experten und Entwicklungsorganisationen haben sich dieser Frage angenommen (Te Velde 2008, IDS 2008, Weltbank 2009, Toporowski 2009). Unter ihnen herrscht allgemeine Übereinstimmung, dass sich die Krise in folgender Weise manifestiert:

1. Wegen des allgemeinen weltwirtschaftlichen Abschwungs geht die Nachfrage nach Exporten aus Entwicklungs- und Schwellenländern zurück.
2. Das Ausmaß der Portfolio- und Direktinvestitionen in diese Länder ist rückläufig, da Investoren ihr Geld in vermeintlich weniger riskante Länder transferieren.
3. Aufgrund des Rückzugs von ausländischem Kapital kommt es zu einer Abwertung der lokalen Währungen.
4. Auf dem globalen Kapitalmarkt steigen Zinsraten und Risikoprämien für Entwicklungs- und Schwellenländer an.
5. Die Rücküberweisungen von Migranten (*remesas*) in die Herkunftsländer gehen zurück.
6. Die Höhe der Entwicklungshilfegelder sinkt, da Geberländer ihre fiskalischen Prioritäten neu ordnen.

In der Folge ist damit zu rechnen, dass sich das wirtschaftliche Wachstum 2009 und in den darauf folgenden Jahren auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern deutlich abschwächen wird, nachdem viele Industriestaaten bereits 2008 in eine Rezession eingetreten sind.

In einem Bericht vom November 2008 stellt die Weltbank fest, dass unter den 20 Entwicklungs- und Schwellenländern, die bis zu diesem Zeitpunkt am stärksten auf die gegenwärtige Krise reagiert haben (im Hinblick auf Abwertung der Währung, Zunahme der Risikoprämie, Aktienkursverfall und Zunahme des Zahlungsbilanzdefizits) acht in Lateinamerika und der Karibik liegen.¹ Dies lässt vermuten, dass die Krise in dieser Region noch deutliche Spuren hinterlassen

wird, nicht zuletzt wegen der starken wirtschaftlichen Verflechtung mit den USA.

Aufgrund des starken Anstiegs der Nahrungsmittel- und Energiepreise in den Jahren 2007 und 2008 und der oben genannten Transmissionskanäle ist heute bereits klar, dass die Zeit des hohen Wirtschaftswachstums in der Region zunächst vorbei ist (Sangmeister 2009). Nach Schätzung des IWF wird das Wirtschaftswachstum in Lateinamerika 2009 nur noch 1,1 Prozent betragen, nachdem es in den vorangegangenen fünf Jahren jährlich etwa 5 Prozent ausmachte.

Was aber bedeutet das für die Entwicklung der Armut in der Region? Verschiedene Autoren sagen ihren dramatischen Anstieg voraus. So sprach die Direktorin des United Nations Development Programme (UNDP) für Lateinamerika und die Karibik, Rebeca Grynspan, im Februar 2009 davon, dass die Armut in diesem Jahr um bis zu 15 Prozent ansteigen könnte, wenn die Regierungen nicht ausreichend Mittel zur Krisenbewältigung zur Verfügung stellen würden. Auch Hartmut Sangmeister (2009) befürchtet, dass die Zahl der Armen um weitere Millionen ansteigt.

Obwohl genaue Vorhersagen zum jetzigen Zeitpunkt problematisch erscheinen, ermöglicht ein Rückblick auf vergangene Krisen dennoch, Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Krisen und Armut in Lateinamerika aufzuzeigen. Nach einem kurzen Überblick über die Entwicklung der Armut in der Region in den letzten 20 Jahren wird dieser Beitrag ausgewählte frühere Krisen näher beleuchten und deren Bedeutung für Armutstrends analysieren. Der Fokus liegt dabei auf Mexiko, Argentinien und Honduras. Im Anschluss daran wird ein Ausblick auf die sozialen Konsequenzen der derzeitigen Krise gewagt.

2. Armutstrends seit 1990

Nach Angaben der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (Comisión Económica para América Latina y el Caribe, CEPAL) waren im Jahr 2007 34,1 Prozent der lateinamerikanischen Bevölkerung (184 Millionen Menschen) von Armut und 12,6 Prozent (68 Millionen Menschen) von extremer Armut betroffen (Tabelle 1). Ein Haushalt ist nach Definition der CEPAL arm, wenn er weniger Einkommen zur Verfügung hat, als für die Befriedigung von bestimmten, an regionale bzw. nationale Gegebenheiten angepassten Grundbedürfnissen nötig wäre. Ein Haushalt gilt als extrem arm, wenn er nicht einmal seinen Grundbedarf an Nahrungsmitteln decken kann. Paraguay, Nicaragua und Honduras

¹ Der Bericht „G20: Global Financial Crisis: Responding Today, Securing Tomorrow“ benennt die entsprechenden Länder nicht einzeln.

waren 2007 die ärmsten Länder der Region mit einer Armutsrate von über 60 Prozent (für Haiti lagen keine Zahlen vor). Chile, Uruguay und Costa Rica wiesen hingegen die niedrigsten Armutsraten auf: Jeweils weniger als 20 Prozent der Bevölkerung galten dort als arm.

Tabelle 1: Anteil der Bevölkerung in Armut und extremer Armut (in Prozent)

	Armut			Extreme Armut		
	Gesamt	Stadt	Land	Gesamt	Stadt	Land
1990	48,3	41,4	65,4	22,5	15,3	40,4
1997	43,5	36,5	63,0	19,0	12,3	37,6
1999	43,8	37,1	63,7	18,5	11,9	38,3
2002	44,0	38,4	61,8	19,4	13,5	37,9
2005	39,8	34,1	58,8	15,4	10,3	32,5
2006	36,3	31,0	54,0	13,3	8,5	29,2
2007	34,1	28,9	52,1	12,6	8,1	28,1

Quelle: CEPAL, Panorama Social de América Latina 2008: Tabelle I.2, S. 5.

Im Jahr 2002 betraf die Armut in Lateinamerika noch 44 Prozent und die extreme Armut 19,4 Prozent der Bevölkerung; ein Niveau, das ungefähr Mitte der 1990er Jahre erreicht worden war. Der Vergleich mit 2007 belegt also, dass jüngst beachtliche Fortschritte in der Armutsbekämpfung erzielt werden konnten. Diese wurden überwiegend durch das vergleichsweise hohe Wirtschaftswachstum der letzten Jahre ermöglicht, teilweise sind sie aber auch Ergebnis gestiegener öffentlicher Sozialausgaben. Nach jüngsten Vorhersagen der CEPAL ist der Anteil der Armen unter der Gesamtbevölkerung auch 2008 weiter gefallen, wegen der hohen Nahrungsmittel- und Energiepreise allerdings vergleichsweise weniger als in den vorherigen Jahren.

3. Rückblick: Wirtschafts- und Finanzkrisen in Lateinamerika und ihre Auswirkungen auf die Armut

3.1 Mexiko: Die Peso-Krise 1994/95

In Reaktion auf die Schuldenkrise der 1980er Jahre, deren Ursprung in Mexiko lag, verfolgte die mexikanische Regierung eine stark antiinflationäre Politik, die eine Aufwertung des Wechselkurses und ein zunehmendes Leistungsbilanzdefizit mit sich brachte. Diese Tendenz wurde durch den gesteigerten Zufluss internationalen Kapitals ab 1990 verstärkt, als Investoren in der Hoffnung auf hohe Erträge ihr Geld vermehrt in Mexiko und anderen Schwellenländern anlegten. Für eine gewisse Zeit finanzierte dieses Kapital zwar den Importüberschuss des Landes und erlaubte die Anhäufung internationaler Devisen in der Zentralbank; die hohen Finanzzuflüsse trugen

aber auch weiter zur Überbewertung des Peso bei. Eine Erhöhung der Zinsen in den USA und interne politische Unruhen schmälerten dann im Laufe des Jahres 1994 den Kapitalfluss nach Mexiko. Zudem gab die Regierung verstärkt *Tesobonos*, kurzfristige Schuldinstrumente, die an den US-Dollar gebunden waren, aus. Viele Investoren deuteten das als Zeichen dafür, dass der Wechselkurspolitik nicht mehr zu trauen war, und fürchteten, die mexikanische Regierung könnte ihre hohen Auslandsschulden erneut nicht mehr begleichen. Die ausländischen Anleger begannen daher panisch, ihr Kapital abzuziehen, woraufhin die internationalen Devisenreserven im März 1994 von 26 Mrd. auf 18 Mrd. USD, und bis Mitte Dezember sogar auf 11 Mrd. USD fielen. Um dem Kapitalabfluss entgegenzuwirken und das Vertrauen wiederherzustellen, gab die mexikanische Regierung am 20. Dezember 1994 eine Abwertung des Peso um 15 Prozent bekannt. Enttäuschte und verängstigte Investoren zogen in den Folgetagen dennoch weitere 5 Mrd. USD aus dem Land ab. Die Regierung musste den bestehenden festen Wechselkurs aufgeben: Im November 1994 hatte er noch 3,54 Peso/USD betragen, im März 1995 dann 8 Peso/USD (Lustig 1995). Anstatt die Märkte zu beruhigen, führte diese Abwertung zur sogenannten Peso-Krise, die sich auch auf andere Schwellenländer, vor allem innerhalb Lateinamerikas, ausbreitete. Mexiko selbst durchlebte die schlimmste Wirtschafts- und Finanzkrise seit der Großen Depression 1929.

So fiel in Folge der Abwertung 1995 das reale Pro-Kopf-Einkommen im Vergleich zum Vorjahr um 9,2 Prozent. Die Reallöhne sanken zwischen 1994 und 1996 um 21 Prozent und die Armut stieg im gleichen Zeitraum von 45,1 Prozent auf 52,9 Prozent an (Tabelle 2). Die Krise schmälerte das Einkommen und den Konsum aller Alters- und Bildungsgruppen. Die geringsten Einkommensverluste verzeichneten dabei die ländliche Bevölkerung, Agrararbeiter und Geringqualifizierte. So fiel Schätzungen zufolge das Pro-Kopf-Einkommen in der Landwirtschaft um 17 Prozent, während es unter Hochqualifizierten und Arbeitnehmern in der Finanz- und Baubranche um 35-48 Prozent sank (McKenzie 2003). Allerdings hatte die Armut im Agrarsektor und in ländlichen Regionen bereits zu Beginn der 1990er Jahre stark zugenommen. Der damals hohe Wechselkurs beeinträchtigte die Einnahmen dieses Sektors; und der Preisverfall von Kaffee auf dem Weltmarkt (siehe unten) traf die Bauern und Landarbeiter zusätzlich. So war die extreme Armut beispielsweise im Süden (Tabasco und Veracruz) zwischen 1992 und 1994 von 19,8 Prozent auf 29 Prozent angestiegen (Lustig 2002).

Viele Haushalte änderten in Reaktion auf die Krise ihr Konsumverhalten und gaben einen größeren Teil ihres Budgets für Nahrungsmittel aus, während sie die Ausgaben beispielsweise für Gesundheitsversorgung reduzierten. Die Arbeitslosigkeit stieg zwischen 1994 und 1995 von 3,7 Prozent auf 7,3 Prozent an. Rund eine Million Arbeitsplätze im formalen Sektor gingen in diesem Jahr verloren. Hier diente der informelle Sektor als Auffangbecken. Staatliche Arbeitslosenhilfe gab es in Mexiko nicht. Da ohnehin weniger Arbeitsplätze zur Verfügung standen, konnten die Haushalte ihre Einkommensverluste nicht durch Mehrarbeit aufwiegen und ihre monatlichen Arbeitsstunden veränderten sich kaum. Auch die Schülerzahlen erfuhren keine bedeutende Veränderung, sie nahmen sogar – unabhängig vom Bildungsniveau und Wohnort – leicht zu. In Bezug auf demographische Indikatoren zeigte sich ein Absinken der Geburtenrate.

Während der Krise verdoppelte sich der Zufluss an *remesas*, was die negativen Konsequenzen für viele Haushalte etwas abmilderte und ihnen teilweise über die Einkommensverluste hinweghalf. Vor allem Haushalte mit einem geringen Bildungsniveau profitierten von *remesas*; auch heute noch gehören 40 Prozent der Empfänger zu den ärmsten Bevölkerungsschichten.

Einige dieser Entwicklungen finden sich in der aktuellen Finanzkrise wieder. So ist Mexiko erneut – wie derzeit viele Länder der Region – von einem starken Wertverfall seiner Währung und einer Abnahme der ausländischen Direktinvestitionen betroffen. Es verfügt heute aber über höhere Reserven und seine Banken haben keine Solvenz-Schwierigkeiten. Die größten Probleme entstehen für das Land also nicht aus dem Finanzwesen, sondern aus dem Rückgang der industriellen Aktivität, der die gesamte Gesellschaft betrifft: die ärmsten Bevölkerungsschichten ebenso wie Arbeiter und Unternehmer. Die OECD glaubt, Mexiko werde am meisten unter dem damit verbundenen Verlust von Arbeitsplätzen leiden. Die Arbeitslosigkeit stieg bereits von 3,5 Prozent Mitte 2008 auf 5,3 Prozent im Februar 2009 an. Auch der informelle Sektor wächst. Es ist zu erwarten, dass sich diese Tendenz im Laufe des Jahres 2009 verstärkt. Im Gegensatz zur Peso-Krise nehmen die *remesas* wegen Entlassungen von Mexikanern in den USA ab, was die Situation weiter verschlimmern wird. Das mexikanische Parlament beschloss zwar eine Erhöhung der Ausgaben für soziale Entwicklung, Bildung und Gesundheit, es fehlen aber konkrete Maßnahmen, um Arbeitsplätze zu schützen. Experten schätzen, es werde zwei Jahre dauern, bis sich die Wirtschaft erholt (Steels 2009).

3.2 Argentinien: Die Krisen von 1995 und 1999 und der Staatsbankrott 2001/02

In den letzten Jahrzehnten sah sich Argentinien verschiedenen Wirtschafts- und Finanzkrisen ausgesetzt. Dabei spielte die hohe Abhängigkeit des Landes von den internationalen Finanzmärkten oftmals eine erhebliche Rolle. So schürte die mexikanische Peso-Krise seit Ende 1994 die Angst, auch Argentinien könnte seine Auslandsschulden nicht mehr bedienen und würde die eigene Währung abwerten müssen. Dies führte zu einer Flucht privaten Kapitals, was wohl als Hauptursache für die Wirtschafts- und Finanzkrise von 1995 gesehen werden kann. Nach einem kurzen Aufschwung 1996 und 1997 erschwerten die Krisen in Asien (1997) und Russland (1998) die Exporttätigkeit des Landes und weckten bei ausländischen Anlegern die Befürchtung, Investitionen in Schwellenländer seien mit exorbitanten Risiken verbunden (Weltbank 2001). Dies führte in Argentinien zu einem deutlichen Rückgang des Wirtschaftswachstums und sogar in eine Rezession, die schließlich 1999 in einer erneuten Krise mündete, als Brasilien, das enge Handelsbeziehungen mit Argentinien unterhält, seine Währung abwertete.

Während der Krisen von 1995 und 1999 trugen die beiden Quintile der Haushalte mit dem geringsten Vermögen (d.h. die untersten 40 Prozent) jeweils die höchsten Kosten in Form von Einkommensverlusten. Besonders betroffen waren Geringqualifizierte, junge Menschen und Frauen (vor allem alleinerziehende Mütter), die selbstständig oder im informellen Sektor arbeiteten. Die Armut in urbanen Regionen stieg zwischen 1994 und 1999 von 16,1 Prozent auf 23,7 Prozent (Tabelle 2). Der Anteil der Bevölkerung in extremer Armut verdoppelte sich beinahe von 3,4 Prozent auf 6,7 Prozent. Die Krisen verstärkten zudem die soziale Ungleichheit. Betrug der Gini-Koeffizient 1990 noch 0,501, stieg er bis 1999 auf 0,542. Die kurze Phase des Aufschwungs zwischen den Krisen brachte keine nennenswerte Verbesserung der Situation mit sich.

Anstatt die negativen Auswirkungen zu mildern, verschlimmerte die Wirtschaftspolitik der argentinischen Regierung die Folgen der Krisen für die Bevölkerung noch zusätzlich. Die *convertibilidad*, die Bindung des argentinischen Peso an den US-Dollar im Verhältnis 1:1, führte dazu, dass der Arbeitsmarkt nur mit Entlassungen und nicht mit Preisanpassungen (d.h. sinkenden Reallöhnen, die durch eine mit einem Inflationsschub einhergehende Abwertung zu erwarten gewesen wären) auf die Krise reagieren konnte. In der Folge stieg die Arbeitslosenquote von rund 4 Prozent während der 1970er und 1980er Jahre auf 12,3 Prozent in den 1990er Jahren. 1995 erreichte sie ein

Hoch von 18 Prozent. Auch die Unterbeschäftigung, d.h. die unfreiwillige Beschäftigung in Teilzeit, stieg bis auf 18 Prozent im Mai 1999. Zudem tätigte der Staat prozyklische Ausgaben und reduzierte im Abschwung die Zuwendungen für Soziales, was zu einer weiteren Verschärfung der Lage der betroffenen Bevölkerung führte.

Im Laufe des Jahre 2001 verschlimmerte sich die wirtschaftliche Situation in Argentinien nochmals. Konfrontiert mit einem beginnenden Banken-Run der Anleger entschloss sich die Regierung, alle Konten einzufrieren, was die Liquidität und die wirtschaftliche Aktivität der Volkswirtschaft stark einschränkte. Diese Entwicklung gipfelte Ende des Jahres in der Ankündigung, Schuldenzahlungen der öffentlichen Hand einzustellen, und Anfang des darauffolgenden Jahres in der Aufgabe der *convertibilidad*. Der argentinische Staat war bankrott. In der Folge fiel das Pro-Kopf-Einkommen von 8.210 USD 1998 um rund 67 Prozent auf 2.850 USD im Jahr 2002 und zum ersten Mal seit 1991 sah sich Argentinien wieder mit einer gravierenden Inflation konfrontiert. Die Arbeitslosenquote stieg vom bereits hohen Niveau von 18,3 Prozent im Oktober 2001 auf 21,5 Prozent im Mai 2002. Im gleichen Zeitraum nahm die Armut von 38,3 Prozent auf 53 Prozent zu (Fiszbein et al. 2003).

Im Unterschied zu den Krisen der 1990er Jahre waren es nicht nur die ohnehin Ärmsten, die am meisten zu leiden hatten; nach dem Staatsbankrott entstand vor allem neue Armut. Der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung stieg zwischen 1999 und 2002 von 23,7 Prozent auf 45,4 Prozent an (Tabelle 2). Besonders betroffen von Einkommensrückgängen waren Haushalte, deren Haushaltsvorstand eine weiterführende Schule abgeschlossen hatte, vermutlich also überwiegend die Mittelschicht. Viele erfuhren eine dramatische Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen: Lohnzusatzleistungen entfielen, befristete Stellen ersetzten unbefristete, und die Arbeitslosigkeit im formalen Sektor wuchs. Viele Familien passten ihr Konsumverhalten den neuen Lebensbedingungen an, indem sie weniger konsumierten und teure durch günstigere Produkte ersetzten. Dies wirkte sich wie in Mexiko auch auf die Gesundheitsversorgung aus. Rund 12 Prozent der Bevölkerung reagierten mit einer Anpassung ihrer Krankenversicherung; 38,6 Prozent davon reduzierten ihre Ausgaben für diese Versicherung und büßten damit Ansprüche auf Leistungen ein, 61,4 Prozent verloren ihren Schutz gänzlich.

Neben der Mittelschicht bekamen aber auch die unteren Einkommensschichten die Konsequenzen der Krise erneut zu spüren. So verloren beispielsweise zahlreiche Geringqualifizierte in der Baubranche ihren Arbeitsplatz, da dieser Sektor innerhalb eines Jahres um 42 Prozent schrumpfte. Viele Menschen suchten wie schon früher ein neues Auskommen im informellen Sektor, zum Beispiel als *cartoneros*. Die *cartoneros* leben davon, recyclebaren Müll zu sammeln und an Großhändler zu verkaufen. Ende 2006 ernährte dieses Gewerbe noch immer rund 150.000 Menschen allein im Großraum Buenos Aires. Daneben waren die Armen und extrem Armen zum Überleben auf Tausch und staatliche Hilfen angewiesen. Anders als in den 1990er Jahren bemühte sich die argentinische Regierung nun, Sozialausgaben stabil zu halten oder sogar zu erhöhen. So nahmen die Ausgaben, die gezielt den ärmsten Bevölkerungsschichten zugute kamen, 2002 im Vergleich zu 2001 trotz des Staatsbankrotts um 21 Prozent zu. Besonders Programme zur Arbeitsbeschaffung wurden gefördert. Da die absolute Anzahl der Armen während der Krise jedoch angestiegen war, fielen die Sozialausgaben pro arme Person um 16 Prozent.

Seit Ende 2008 macht sich die gegenwärtige Finanzkrise in Argentinien bemerkbar. Im Vergleich zur schlimmsten Wirtschaftskrise des Landes lassen sich jedoch wichtige Unterschiede erkennen. So ist die internationale Situation wesentlich schlechter als 2001. Argentinien leidet unter dem Rückgang des Handels und der Rohstoffpreise, die in den letzten Jahren das argentinische Wachstum sicherten und die Folgen der Krise 2001 zumindest zum Teil gemildert hatten. Die Landwirtschaft wird die Rezession in hohem Maße zu spüren bekommen. Auch Industrie und Baugewerbe werden vom Rückgang der Exporte und Investitionen betroffen sein. Dies lässt vermuten, dass gering Qualifizierte und Arbeiter am meisten unter Arbeitslosigkeit und einer Verschlechterung der Lebensbedingungen leiden werden. Die interne Konjunktur des Landes ist aber stärker als 2001. Seit 2003 wuchs die argentinische Wirtschaft jährlich über 7 Prozent und die Zentralbank legte bedeutende Reserven an. Daher ist anzunehmen, dass die aktuelle Krise kürzer und weniger einschneidend sein wird als die vierjährige Rezession in Folge des Staatsbankrotts 2001. Die Erholung nach der Krise wird dagegen aufgrund der prekären Lage der Weltwirtschaft wohl länger auf sich warten lassen als diejenige, die 2003 begann.

3.3 Honduras: Die Kaffeekrise 2001

Im Vergleich mit Mexiko und Argentinien ist Honduras weit weniger mit den internationalen Finanzmärkten verbunden und daher von den erwähnten Finanzkrisen auch weitestgehend verschont geblieben. Dafür ist das Land aber über seine Kaffee-Exporte stark in den Weltmarkt integriert und bekam dies im Jahr 2001 auch in negativer Weise zu spüren. Die Kaffeekrise dieses Jahres nahm ihren Ursprung 1989, als das Exportquotensystem der Internationalen Kaffeorganisation zusammenbrach – mit der Folge, dass nun jedes Land die Menge und Qualität seiner Kaffeeproduktion selbst bestimmen konnte. Dies führte im Laufe der 1990er Jahre zu einem massiven Überangebot an Kaffeebohnen auf dem Weltmarkt; der Preis fiel – trotz einer kurzen Erholung zwischen 1994 und 1997 aufgrund schlechter Ernten in Brasilien – ins Bodenlose. Im Jahr 1989 lag das Pfund Kaffee noch bei rund 130 US-Cents, 2001 erreichte es mit 45,6 US-Cents den niedrigsten realen Preis seit 100 Jahren. Die weltweite Produktion betrug in diesem Jahr 115 Mio., der Konsum aber nur 105 Mio. Säcke Kaffee (CEPAL 2002).

Etwa 90 Prozent des in Honduras produzierten Kaffees wird exportiert; 2001 machte der Export der Bohnen 16,6 Prozent aller Güterexporte aus und generierte 8,2 Prozent des honduranischen Bruttoinlandsprodukts (bezogen auf das BIP des Agrarsektors sogar 33,3 Prozent). Etwa 35 Prozent der Arbeitsplätze im Agrarsektor entfielen auf den Anbau von Kaffee. Der Preisverfall bedeutete daher drastische Verluste für eine Vielzahl von Produzenten. Die Produktionskosten lagen in diesem Jahr durchschnittlich bei 62 USD pro Zentner, die Einnahmen aber bei nur 37 USD. Insgesamt bedeutete dies Einbußen von rund 160 Mio. USD. Aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung der Bohnen für das Land verstärkte die Kaffeekrise den ohnehin einsetzenden Abwärtstrend der honduranischen Wirtschaft. Diese verzeichnete 2001 wegen einer Verschlechterung des Wechselkurses und einer Abkühlung des US-amerikanischen Wirtschaftswachstums eine Abschwächung der Konjunktur. Anhaltende Folgen von Umweltkatastrophen, wie Hurrikan Mitch 1998 und einer Dürreperiode, verschlimmerten die Lage zusätzlich.

2001 lebten 100.000 Familien direkt vom Kaffeeanbau, weitere 350.000 waren durch Feldpflege- und Erntearbeiten mit dem Sektor verbunden (bei einer Gesamtbevölkerung von 6,1 Mio. Menschen). Den größten Teil (87 Prozent) der Kaffeeproduzenten machten Kleinbauern aus, die weniger als ein Drittel ihres Landes für Kaffee nutzten; nur 12 Prozent waren mittlere Betriebe, die auf etwas mehr als der Hälfte ihrer Fläche Kaffee pflanzten. Die große Mehrheit der Kaffeebauern hatten weniger als zehn Hektar

Land für die Produktion zur Verfügung, in vielen Fällen sogar weniger als fünf Hektar. Im Allgemeinen gehörten Kaffeeproduzenten also zu den ärmeren Bevölkerungsschichten (IHCAFE 2000): Etwa ein Drittel dieser Menschen waren Analphabeten. Beinahe genauso viele bezogen ihre Wasserversorgung aus Flüssen und Teichen. Fast 80 Prozent lebten ohne Strom und viele hatten nur schlechten Zugang zum Gesundheitssystem.

In Folge der Kaffeekrise gingen 12,5 Mio. Tageslöhne, sogenannte *jornales*, verloren. Das entspricht 49.000 Arbeitsplätzen in Vollzeit. Den Landarbeitern brachen Einkommen von insgesamt 36,7 Mio. USD weg. Dies findet in Tabelle 2 keinen Ausdruck, da die Armut in Honduras ohnehin ein sehr hohes Niveau einnahm und der Großteil der Kaffeeproduzenten, wie bereits erwähnt, schon vor der Krise zu den Armen oder sogar extrem Armen zählte. Die Krise verschlimmerte deren Lebensbedingungen nochmals, und viele Produzenten gaben ihr Land auf, um in den Städten Arbeit zu finden. Die zunehmende Migration brachte für die ehemaligen Landarbeiter und Kaffeebauern wegen fehlender Möglichkeiten zur Selbstversorgung Unterernährung mit sich. Es wird geschätzt, dass 30.000 Menschen aufgrund der Kaffeekrise an Hunger litten.

In Folge der derzeitigen globalen Wirtschafts- und Finanzkrise leidet die ohnehin finanzschwache honduranische Wirtschaft am allgemeinen Rückgang des Zuflusses von internationalem Kapital in die Entwicklungsländer. Somit verschlechtert sich der Zugang zu Krediten, was die Zinsen in die Höhe treibt und das Wachstum des Landes bremst. Dazu kommt die hohe Inflation, die es den Honduranern erschwert, zu sparen und so den Banken eine weitere Einkommensquelle für die Vergabe von Krediten nimmt. Außerdem leidet die Bevölkerung – wie in Mexiko – am Rückgang der *remesas*, die 2007 21,1 Prozent des honduranischen BIP ausmachten. Somit wird das Land die leichten Erfolge in der Armutsbekämpfung der vergangenen Jahre wohl nicht fortsetzen können, vielmehr ist ein erneuter Anstieg der Armut und der extremen Armut zu erwarten. Angesichts der eigenen beschränkten Möglichkeiten um die Folgen der Krise zu bekämpfen, sucht Honduras die Unterstützung anderer Staaten der Region. So beschlossen am 19. April 2009 die Mitglieder der ALBA („Bolivarische Alternative für unser Amerika“: Bolivien, Venezuela, Nicaragua, Honduras, Kuba und Dominica) die Gründung einer Währungsunion ab 2010, um die eigenen Währungen zu stärken und den Marktakteuren einen besseren Schutz vor Währungsschwankungen des US-Dollars zu bieten.

Tabelle 2: Armut, extreme Armut und Ungleichheit in Argentinien, Honduras und Mexiko

		Armut (%)	Extreme Armut (%)	Ungleichheit (Gini-Koeffizient)
Argentinien	1990	-	-	0,501
	1994	16,1*	3,4*	-
	1997	-	-	0,530
	1999	23,7*	6,7*	0,542
	2002	45,4*	20,9*	0,590
	2004	29,4*	11,1*	0,537
	2005	26,0*	9,1*	0,524
	2006	21,0*	7,2*	0,510
Honduras	1990	80,8	60,9	0,615
	1994	77,9	53,9	-
	1997	79,1	54,4	0,558
	1999	79,7	56,8	0,564
	2002	77,3	54,4	0,588
	2003	74,8	53,9	0,587
	2006	71,5	49,3	-
Mexiko	1989	47,7	18,7	0,536
	1994	45,1	16,8	0,539
	1996	52,9	22,0	-
	1998	46,9	18,5	0,539
	2000	41,1	15,2	0,542
	2002	39,4	12,6	0,514
	2004	37,0	11,7	0,516
	2005	35,5	11,7	0,528
	2006	31,7	8,7	0,506

Quelle: CEPAL, Panorama Social de América Latina 2007: S. 309ff. sowie S. 338ff. (*Angaben nur für urbane Regionen)

4. Ausblick: Die Finanzkrise und die Armut

Es ist schwierig, eine genaue Prognose für die Armutsentwicklung in Lateinamerika in Folge der aktuellen Finanzkrise zu geben. Im Unterschied zu früheren Krisen nahm diese ihren Ursprung nicht in der Region selbst, sondern in den USA und Europa. Die wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas leidet aber längst an den daraus resultierenden Verminderung der Exporte, Investitionen und Rücküberweisungen. Dies wird, wie in vergangenen Krisen auch, steigende Armut mit sich bringen. In welchem Maße das geschieht, hängt vor allem von der Wirksamkeit der Maßnahmen der jeweiligen Regierungen ab.

So erklärte Mexiko sich beim G-20-Gipfel in London bereit, auf die Mittel des IWF zurückzugreifen, um die eigene Währung besser gegen Schwankungen zu sichern und die Devisenreserven zu stärken. Der Bevölkerung, die von der Abnahme der *remesas* und dem Verlust hunderttausender formeller Arbeitsplätze betroffen ist, hilft dieses Geld nur sehr indirekt. Mit Blick auf die diesjährigen Parlamentswahlen, die die Regierung von Oktober auf Juni vorverlegen ließ, kündigte die argentinische Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner im Dezember ein Konjunkturpaket von 3,8 Milliarden USD an, das Industrie, Landwirtschaft und Baugewerbe stärken und Arbeitsplätze schützen soll, den Abwärtstrend der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bisher aber nicht aufhalten konnte. In Honduras fiel der Kaffeepreis nach einer Erholung

– 2008 gab es 124,25 US-Cents für ein Pfund Kaffee – in Folge der Krise seit September 2008 um rund 15 Prozent. Seit dem Rückgang dieser Einnahmen und dem Ausbleiben ausländischen Kapitals fehlen der Regierung vermehrt die Mittel, um beispielsweise Produktion und Wohnungsbau voranzubringen.

Die Erfahrungen aus vergangenen Krisen und die Beobachtungen der letzten Monate bestärken die Befürchtung, dass die Zahl der armen Menschen in Lateinamerika aufgrund der globalen Finanzkrise dramatisch zunehmen wird.

Literatur:

CEPAL (2002), *Centroamérica: El impacto de la caída de los precios del café en 2001*, Santiago de Chile: Comisión Económica para América Latina y el Caribe.

Fiszbein, Ariel, Paula Inés Giovagnoli und Isidro Adúriz (2003), *El impacto de la crisis argentina en el bienestar de los hogares*, in: *Revista de la CEPAL*, 79, 151-167.

IDS (2008), *Voices from the South. The Impact of the Financial Crisis on Developing Countries*, Sussex: Institute of Development Studies.

IHCAFE (2000), *Condiciones socioeconómicas de los productores de café de Honduras*, Tegucigalpa: Instituto Hondureño del Café, online: <http://www.cafedehonduras.org/ihcafe/administrador/aa_archivos/documentos/condiciones_socioeconomicas.pdf>, (13.03.2009).

Lustig, Nora (1995), *México y la crisis del peso: lo previsible y la sorpresa*, in: *Comercio Exterior*, 45, 5, 374-382.

Lustig, Nora (2002), *México. Hacia la reconstrucción de una economía*, México DF: CM/FCE.

McKenzie, David J. (2003), *How do Households Cope with Aggregate Shocks? Evidence from the Mexican Peso Crisis*, in: *World Development*, 31, 7, 1179-1199.

Sangmeister, Hartmut (2009), *Lateinamerika im Sog der Finanzkrise*, GIGA Focus Lateinamerika, 1.

Steels, Emmanuelle (2009), *El impacto de la crisis en México*, México DF: Heinrich Böll Stiftung.

Te Velde, Dirk Willem (2008), *The Global Financial Crisis and Developing Countries*, ODI Background Note, October, London: Overseas Development Institute.

Toporowski, Jan (2009), *How the Global Crisis is Transmitted to Developing Countries*, Development Viewpoint, 24, London: Centre for Development Policy and Research.

Weltbank (2001), *Argentina. Household Risk, Self-Insurance and Coping Strategies in Urban Argentina*, Washington DC: Weltbank.

Weltbank (2009), *Global Economic Prospects. Commodities at the Crossroads*, Washington DC: Weltbank.

■ Die Autorinnen

Sophie Crocoll ist Studentin im Studiengang Sprachen, Wirtschafts- und Kulturraumstudien an der Universität Passau. Ihre Diplomarbeit schrieb sie zum Thema „Ein Krieg – zwei Sieger? Eine Untersuchung zum Gebrauch von Selbst- und Feindbildern in argentinischen und britischen Presseberichten über den Falklandkrieg 1982“.

E-Mail: <sophie.crocoll@gmx.de>.

Dr. Susan Steiner, Ökonomin, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Lateinamerika-Studien und *Lewis-Gluckman Postdoctoral Research Fellow* am Brooks World Poverty Institute der University of Manchester.

E-Mail: <steiner@giga-hamburg.de>.

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im Forschungsschwerpunkt 3 „Transformation in der Globalisierung“ arbeiten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des GIGA zu Fragen der Armut als Folge mangelnder, strukturell defizitärer und/oder Ungleichheit verstärkender Integration in die globale Ökonomie. Lena Giesbert und Susan Steiner analysieren Mikroversicherungen als innovative Form der Risikoabsicherung. In einem von der DZ Bank-Stiftung finanzierten Forschungsprojekt untersuchen sie die Determinanten der Haushaltsnachfrage nach Mikroversicherungen in Ghana.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Brach, Juliane (2008), *Entwicklung ohne ausländische Direktinvestitionen? Perspektiven der arabischen Mittelmeerländer*, GIGA Focus Nahost, 9.

Brach, Juliane und Markus Loewe (2009), *Nur ein blaues Auge? Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf Nahost und Nordafrika*, GIGA Focus Nahost, 4.

Burgschweiger, Nadine (2009), *Japan in der globalen Finanzkrise*, GIGA Focus Asien, 3.

Fritz, Barbara und Katja Hujo (Hrsg.) (2005), *Ökonomie unter den Bedingungen Lateinamerikas. Erkundungen zu Geld und Kredit, Sozialpolitik und Umwelt*, Frankfurt/Main: Vervuert.

Sangmeister, Hartmut (2008), *Lateinamerikas Wirtschaftswachstum verliert 2008 an Dynamik*, GIGA Focus Lateinamerika, 1.

Sangmeister, Hartmut (2009), *Lateinamerika im Sog der Finanzkrise*, GIGA Focus Lateinamerika, 1.

Schüller, Margot (2009), *China in der globalen Finanzmarktkrise: Wirtschaftspolitische Strategien und Strukturprobleme*, GIGA Focus Asien, 4.



Der GIGA Focus ist eine Open Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative Commons-Lizenz Attribution No-Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA Focus Lateinamerika wird vom GIGA Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Sebastian Huhn; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler; Lektorat: Julia Kramer
Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg